

EU / IWF präsentieren den Völkern mit den sozialen Kahlschlagprogrammen die Rechnung für die Rettung der Banken und Spekulanten

Der „Rettungsplan“ der EU und des IWF für Griechenland diktiert einen sozialen Kahlschlag, plündert Milliarden über Milliarden aus dem öffentlichen Haushalt und den Sozialkassen, um die Spekulationsgeschäfte der Banken zu bedienen. „Es ist nicht die Sache der Arbeitnehmer, des griechischen Volkes, diese Krise zu bezahlen“, war der Ruf der ArbeitnehmerInnen, der Rentner und Jugend während des Genralstreiks und auf den massiven Demonstrationen.

Die ArbeitnehmerInnen und Völker in ganz Europa, die Portugiesen, Spanier, Italiener als Nächstbetroffene, wissen, dass sie mit weiteren Schlägen gegen ihre sozialen und demokratischen Errungenschaften bezahlen sollen für die Rettung der Spekulanten und Banken, die Griechenland schon an den Rand des Bankrotts getrieben haben, ein Schicksal, dass allen europäischen Ländern droht.

Die Regierung Merkel hat die Einschaltung des IWF durchgesetzt, um ihm die Verantwortung für die ersten Milliarden-Kredite an Griechenland und für noch schärfere Sparauflagen zuzuschieben. Sie hofft, das später - im Laufe des Jahres - unvermeidlich notwendige Engagement vor allem der deutschen Regierung dahinter verstecken zu können.

Sie fürchtet eine Konzentration der Wut und des Widerstandskampfes des griechischen Volkes gegen ihre Regierung. Sowie sie ebenso den Kampf und die Wut der arbeitenden Bevölkerung in Deutschland fürchten muss. Für die Milliardenkredite an die griechische Regierung zur Rettung der Banken und Spekulanten muss nicht nur die griechische Bevölkerung bluten. Sie treiben auch die Staatsverschuldung Deutschlands nach oben und die arbeitende Bevölkerung in Deutschland weiß, dass die von Mer-

kel für nach den NRW-Wahlen vorbereiteten tiefen Einschnitte in die öffentlichen und sozialen Haushalte dadurch umso brutaler ausfallen werden.

„Unser Schicksal war niemals so eng miteinander verbunden“, schreiben GewerkschafterInnen, SozialdemokratInnen und politisch Engagierte der deutschen Arbeiterbewegung. Sie laden KollegInnen in ganz Europa kurzfristig zu einem gemeinsamen europäischen Treffen ein: „Es ist undenkbar, dass wir unseren

6,5 Milliarden

das ist die Gewinnprognose allein für die Deutsche Bank für die ersten drei Monate dieses Jahres.

Die Aktienmärkte boomen – in Europa verdienen die gleichen Banken kräftig an den neuen Milliarden-Kreditanleihen von Ländern wie Griechenland und Spanien, an deren Verschuldung sie sich zuvor bereichert haben.

Gegnern den Vorteil der Zusammenarbeit überlassen, die sie ständig untereinander in den europäischen Institutionen gegen unsere Völker richten. Lasst uns einen „Arbeitnehmer-Pakt“ bilden, um die vor uns stehenden Kämpfe besser bestehen zu können.“ (tere Informationen über die Redaktion.)

CARLA BOULBOULÉ

EINLADUNG ZU EINER EUROPÄISCHEN KONFERENZ AM 19./20. JUNI 2010 IN BERLIN

Wir, Gewerkschafter, Sozialdemokraten und politisch Engagierte der deutschen Arbeiterbewegung, laden Kollegen und Kolleginnen in ganz Europa kurzfristig zu einem gemeinsamen europäischen Treffen ein, das wir angesichts der dramatischen Entwicklung der Situation dringlich für notwendig erachten.

Wir wenden uns ausdrücklich an unsere Kollegen in Griechenland, in Portugal, Spanien ..., deren Länder ins Zielfeuer der Rating-Agenturen geraten sind und denen die Regierungen Papandreou, Zapatero und Socrates völlig gleichartige zerstörerische „Strukturpläne“ zur „Sicherung von Stabilität und Wachstum“ verordnet haben.

Es ist noch untertrieben davon zu sprechen, die Situation in Europa habe sich in einem Maße verschlechtert, wie wir das seit dem Krieg nicht mehr erlebt haben. Zum ersten Mal seit jener Zeit stehen europäische Staaten am Rande des Bankrotts und wird ihre Souveränität von der EU und dem IWF offen in Frage gestellt.

Zwanzig Jahre nach dem Sturz der Berliner Mauer und nach all den Hoffnungen,

die er bei uns geweckt hat, droht das Schicksal, dass die Kohl-Regierung den neuen Bundesländern beschieden hat, die industrielle Verwüstung, die Deregulierung der Arbeit und die sich ausbreitende Armut heute ganz Deutschland heimzusuchen. Von einer wirklichen sozialen Einheit zwischen Ost und West entfernen wir uns eher.

In diesem Zusammenhang halten wir es für einen Skandal, wenn in Deutschland eine chauvinistische und offen fremdenfeindliche Stimmungsmache gegen das griechische und portugiesische Volk entfacht wird und - wenn wir den Pressemitteilungen glauben können - in Euren Ländern die gleiche Kampagne gegen das deutsche Volk läuft. Wir alle meinten, eine solche Art von Demagogie sei end-

gültig überwunden.

Und das geschieht zu einem Zeitpunkt, wo unsere Regierung, ungerührt und als ob nichts wäre, die Verstärkung der deutschen Truppen unter dem Oberkommando der NATO in Afghanistan beschlossen hat und ganz bewusst mit dem Schwur des deutschen Volks bricht: «Nie wieder Krieg!»

Wo treiben wir da hin?

Wir klagen alle diejenigen an, die jahrelang Reden über „Frieden, Freundschaft und Brüderlichkeit unter den Völkern“ geschwungen haben, um so die Opfer zu rechtfertigen, welche die EU und der Euro von den Arbeitnehmern forderten.